



Sitzungsvorlage

Fachbereich	Aktenzeichen	Vorlagen-Nr.	
FB II	111.20.040; 111.22.170	WTV 8/2015	
↓ Beratungsfolge	↓ TOP-Nr.	Öffentlich / nicht Öffentlich	↓ Sitzungstermin
Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr	6.	öffentlich	20.07.2015

Längen- und Gewichtsbeschränkung; Teileinziehung von Straßen

Sachverhalt

Die Wege und Straßen auf Norderney waren bis Ende der 40er Jahre vornehmlich den Fußgängern oder Pferdegespannen vorbehalten. Die anschließend einsetzende Motorisierung führte bald zu der Erkenntnis, dass das innerhalb der geschlossenen Bebauung gewachsene Straßennetz den neueren Nutzungsansprüchen nicht standhalten kann. Der Landkreis Norden ordnete gemäß §§ 3, 4 u. 47 StVO (i. d. F. v. 1937) 1965 eine Gewichtsbeschränkung (8,5 t) für bestimmte Norderneyer Straßen an.

Die Sperrung der Straßen für Fahrzeuge mit einem Gesamtgewicht von über 8,5 t wurde damals als Maßnahme der Gefahrenabwehr (heute § 45 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 StVO) angeordnet, um außerordentliche Schäden an den Straßen zu verhüten. Außerordentliche Schäden sind solche, die durch die Benutzung einer öffentlichen Straße seitens einer bestimmten Gruppe von Verkehrsteilnehmern drohen und geeignet sind, den Gemeingebrauch durch andere zu beeinträchtigen oder die zu Unterhaltungsmaßnahmen durch den Straßenbaulastträger führen, die über das sonst übliche Maß hinausgehen. Die Anfang 1991 eingeführte Längenbeschränkung auf 8,5 m hat denselben Hintergrund, und zwar als Schutz für Gehwege in Kreuzungs- und Einmündungsbereichen.

Grundsätzlich hat der Straßenbaulastträger die Straßen so auszubauen, dass auf ihnen die nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung üblicherweise zugelassenen Fahrzeuge ohne Schwierigkeiten fahren können (Fahrzeuge mit einer Gesamtmasse von bis zu 40 t und einer Gesamtlänge von bis zu 18,75 m). Die Erfüllung der Straßenbaulast wird jedoch begrenzt durch die Leistungsfähigkeit des Trägers der Straßenbaulast und durch das regelmäßige Verkehrsbedürfnis (§ 9 Abs. 1 S. 2 NStrG). Soweit also der Träger der Straßenbaulast zu dem vorgenannten Straßenausbau außerstande ist, ist durch Verkehrszeichen auf den nicht verkehrssicheren Zustand hinzuweisen.

Anordnungen nach § 45 StVO – z. B. eine Beschilderung zur Längen-/Gewichtsbeschränkung – sind als Maßnahmen der Gefahrenabwehr zugunsten der in dieser Vorschrift geschützten Rechtsgüter und Interessen grundsätzlich situationsbedingt und nicht dauerhafter Natur. Sie bleiben in ihrer Geltung abhängig von der Dauer der Gefahrensituation, die ihre Vornahme veranlasst hat. Nicht erheblich ist es allerdings, wenn die Dauer der Verkehrsbeschränkung nach ihrem Erlass noch nicht absehbar und

sie insofern nur potentiell befristet ist. Jedoch dürfen straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen keine Nutzungszustände herbeiführen, die im Ergebnis auf eine dauerhafte Entwidmung der Straße oder eine dauerhafte Beschränkung der Widmung hinauslaufen.

Eine dauerhafte Entwidmung oder Beschränkung der Widmung einer Straße muss auf eine wegerechtliche Grundlage gestellt werden.

Die innerstädtischen Straßen sind aktuell mit den Z 262 StVO (Verbot für Fahrzeuge über angegebene tatsächliche Masse – 8,5 t) und Z 266 StVO (Verbot für Fahrzeuge über angegebene tatsächliche Länge – 8,5 m) ausgeschildert. Eine entsprechende Teileinziehung (§ 8 Abs. 1 S. 2 NStrG) der betroffenen Straßen ist jedoch nicht erfolgt.

Die aktuelle Verkehrsregelung – insbesondere als Zonenregelung – ist also nicht unproblematisch. Deshalb ist eine Teileinziehung zur nachträglichen Beschränkung der Widmung auf bestimmte Benutzungsarten aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohls angezeigt. Es muss sich hierbei um gewichtige Gründe handeln, die für eine Einziehung sprechen. Dies erfordert öffentliche Belange, die im Zusammenhang mit der Nutzung der Straße stehen. Sie können vielfältiger Natur sein. Gründe des öffentlichen Wohls überwiegen, wenn die vorzunehmende Abwägung zwischen dem Interesse der Gemeinschaft an der Einziehung und den Interessen an der Beibehaltung der bestehenden Straßenutzungsmöglichkeit ergibt, dass die für die Einziehung sprechenden Gründe einen höheren Rang beanspruchen können.

Aus Sicht der Verwaltung sind folgende „Gründe des öffentlichen Wohls“ einschlägig:

- a) Eine Vielzahl Norderneyer Straßen im Stadtgebiet ist damit überfordert, Fahrzeuge aufzunehmen, die schwerer als 8,5 t und länger als 8,5 m sind.
- b) Die hohen Kosten für Maßnahmen zur (Wieder-)Herstellung der Verkehrssicherheit können durch die Stadt Norderney nicht getragen werden. Eine Erleichterung der Straßenbaulast ist deshalb erforderlich.
- c) Größere Fahrzeuge verursachen grundsätzlich eine größere Lärm- und Abgasbelastung für Anwohner und (Kur-)Gäste. Ihr Ausschluss erhält bzw. verbessert die Wohnqualität und fördert den Kurbetrieb.
- d) Lange und schwere Fahrzeuge passen nicht ins Ortsbild. Auf längere und schwerere Fahrzeuge ausgelegte Straßen würden den Charakter und das Erscheinungsbild der Insel verändern.
- e) Die grundsätzliche Ausbauzielrichtung für Straßenneubauten ist der ebenerdige Ausbau zu Mischverkehrsflächen, um dem Fußgänger Vorrang zu geben. Größere Fahrzeuge würden dabei eine größere Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer darstellen.

Ein Interesse an der Beibehaltung der aktuellen straßenrechtlichen Situation ist nicht erkennbar, weil seit rund 50 Jahren der Verkehr mit Fahrzeugen über 8,5 t tatsächlicher Gesamtmasse und seit rund 24 Jahren der Verkehr mit Fahrzeugen über 8,5 m tatsächlicher Gesamtlänge durch straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen schon ausgeschlossen ist.

Finanzielle Auswirkungen

- ☐ Nein
- ☐ Ja, mit

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-Herstellungskosten)
Euro

☐ Jährliche Folgekosten/ lasten
☐ Einmalig
Euro

Beschlussvorschlag

Es soll nunmehr aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles für alle Straßen, die der aktuellen straßenverkehrsrechtlichen Längen-/Gewichtsbeschränkung unterfallen (s. anl. Lageplan), ein Teileinziehungsverfahren eingeleitet werden, und zwar durch Ausschluss von Fahrzeugen, welche eine tatsächliche Gesamtmasse von 8,5 t und einer tatsächlichen Gesamtlänge von 8,5 m überschreiten. Für die Straße „Im Gewerbegebiet“ soll eine tatsächliche Gesamtmasse von 24 t nicht überschritten werden; eine Längenbeschränkung soll für diese Straße jedoch nicht eingeführt werden.

Norderney, 10.07.15

Der Bürgermeister

(Ulrichs)